

# *IT-Recht & Datenschutz*

**Rechtsanwalt Prof. Dr. Sebastian Erhard**

Biebricher Allee 23

65187 Wiesbaden

Telefon: +49 - (0)611 - 98919 - 53

Telefax: +49 - (0)611 - 98919 – 81

[koerner@rechtsanwalt-wiesbaden.de](mailto:koerner@rechtsanwalt-wiesbaden.de)

[www.rechtsanwalt-wiesbaden.de](http://www.rechtsanwalt-wiesbaden.de)

## Gesetzestexte / Unterlagen

### **BGB**

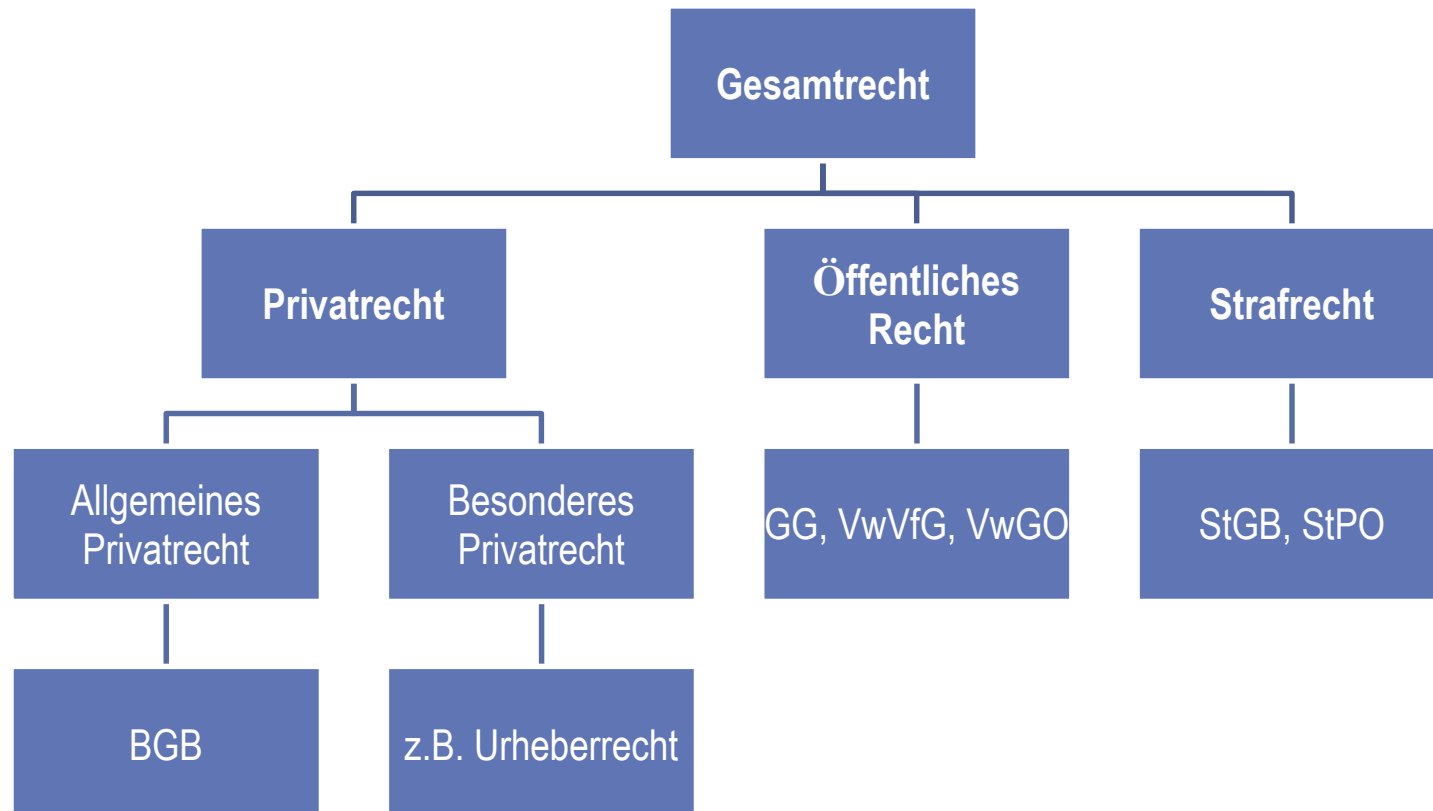
Bürgerliches Gesetzbuch, Beck-Texte im dtv

**Aktuelle Auflage 2020!**

Alle sonstigen Gesetzestexte werden Ihnen mit der Präsentation zur Verfügung gestellt.

Sie erhalten darüber hinaus die Präsentation und die behandelten Fälle/Übungen zur Verfügung gestellt.

# Unser Rechtssystem



**Privatrecht:**            **Bürger gegen Bürger**  
(Natürliche oder juristische Personen)

Beispiel:                A fordert von der B GmbH Vergütung aus einem mit  
dieser geschlossenen Werkvertrag

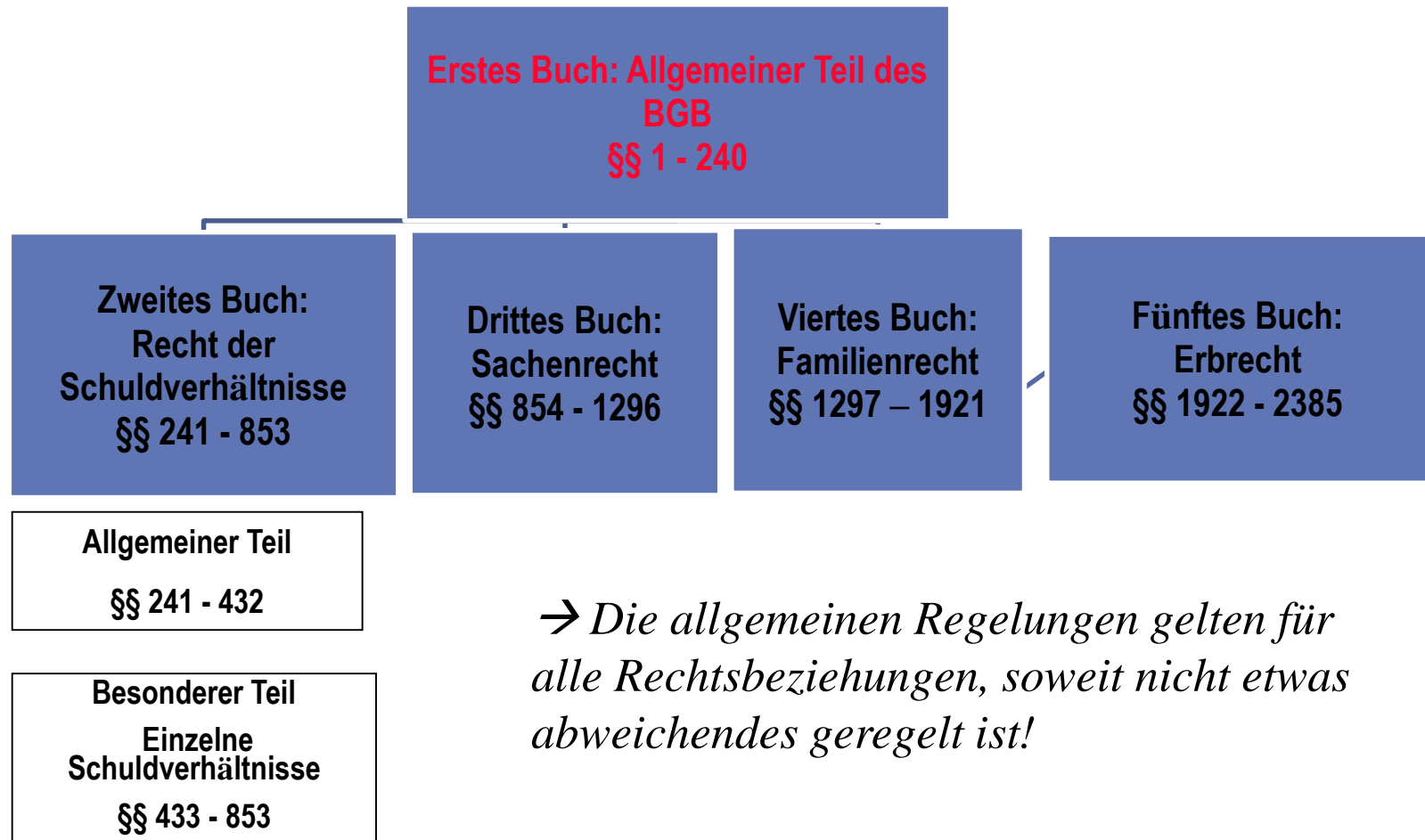
**Öffentliches Recht: Bürger gegen Staat**

Beispiel:                A klagt gegen die Stadt Wiesbaden auf Erteilung einer  
Baugenehmigung

**Strafrecht:**            **Staat gegen Bürger**

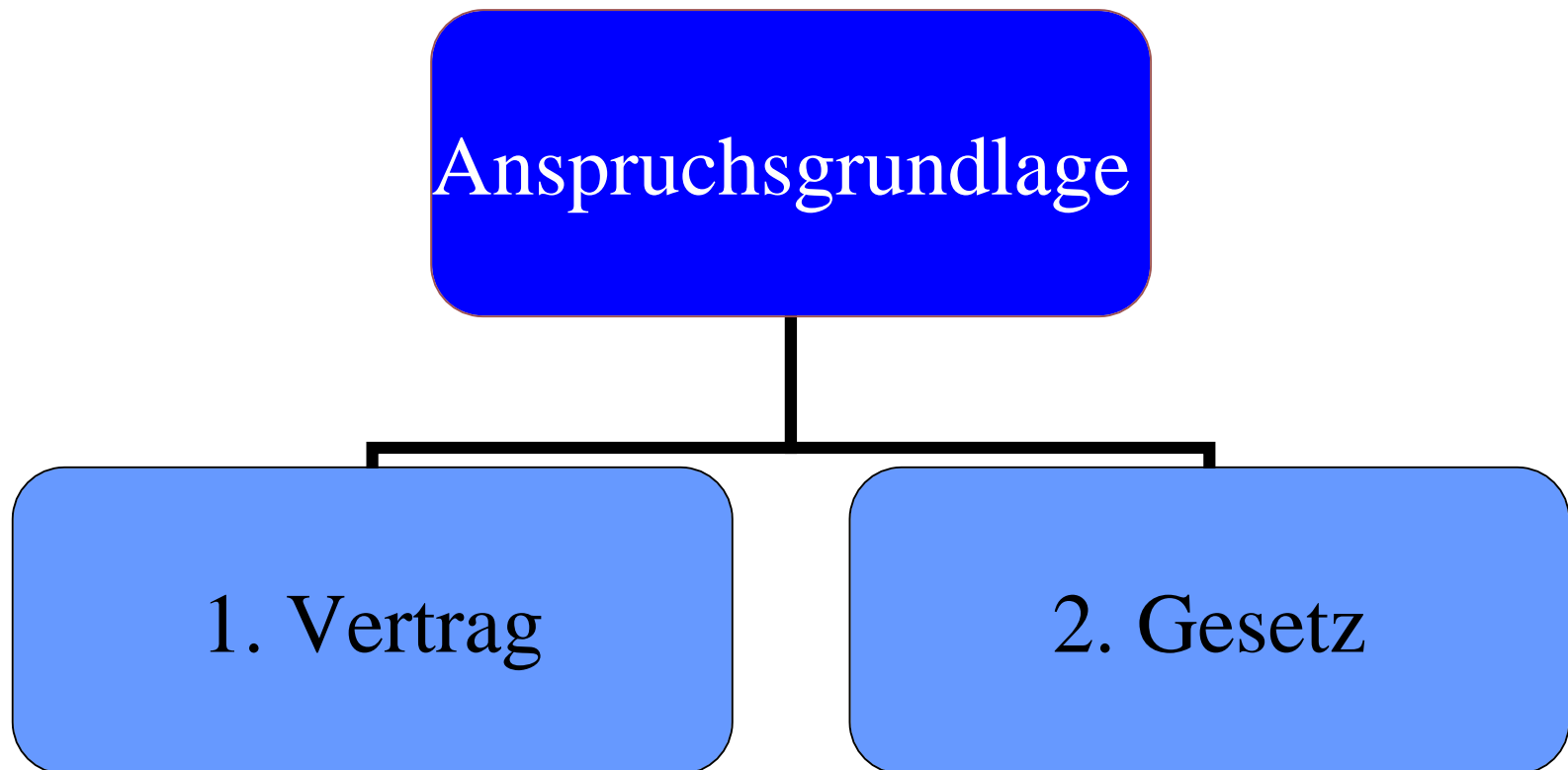
Beispiel:                Gegen A wird Anklage erhoben, weil er sich strafbar  
gemacht hat, indem er eine Film-DVD vervielfältigt und  
verbreitet und damit gegen des Urheberrechtsgesetz  
verstoßen hat.

# Aufbau BGB



→ *Die allgemeinen Regelungen gelten für alle Rechtsbeziehungen, soweit nicht etwas abweichendes geregelt ist!*

Arten von Ansprüchen  
(Definition § 194 Abs. 1 BGB:  
„Das Recht, von einem anderen ein Tun oder Unterlassen zu  
verlangen“)



## Der Anspruch und seine Verjährung

**§ 194 BGB: Das Recht, von einem anderen ein Tun oder Unterlassen zu verlangen (Anspruch) unterliegt der Verjährung**

Ansprüche unterliegen der Verjährung, müssen also innerhalb bestimmter Zeit geltend gemacht werden, § 194 BGB. Ansonsten ist der Schuldner berechtigt, die Leistung zu **verweigern**, § 214 Abs. 1 BGB

Regelmäßige Verjährungsfrist § 195 : **3 Jahre** (soweit keine **speziellere Regelung!** Z. B. Mängelgewährleistungsrechte)

## **Verjährung, §§ 194 ff BGB**

**Beginn** der Verjährungsfrist § 199 Abs. 1 BGB:

**Ende des Jahres**, in dem

- 1. Anspruch entstanden** und
- 2. Kenntnis** von Anspruch und Schuldner.

**Hemmung** der Verjährung, §§ 203 ff BGB

Folge der Hemmung: Ablauf der Frist wird **unterbrochen**, § 209 BGB (**Rest** der noch nicht abgelaufenen Frist läuft nach Ende der Hemmung weiter)

**Verzicht / Stillhalteabkommen!** (= Vereinbarung über Verjährungsablauf)

**Neubeginn** der Verjährung, § 212 BGB insbes. durch Anerkenntnis

Folge: Verjährung **beginnt vollständig neu.**



## Fälle Verjährung

- A kauft von B am 12.11.2015 einen Beamer. A bezahlt bis zum 20.12.2018 den Kaufpreis nicht.  
→ B verlangt nun von A Zahlung. Ist der Kaufpreisanspruch des B verjährt?
- Selber Fall wie zuvor, aber der Beamer zeigt am 20.12.2018 einen Mangel. Der Käufer A macht Mängelgewährleistungsrechte gegenüber B geltend.  
→ Sind die Mängelgewährleistungsrechte verjährt?
- Selber Fall wie zuvor. A hat aber am 01.11.2017 den Mangel geltend gemacht und die Vertragsparteien haben dann bis zum 20.12.2018 darüber verhandelt, wie denn nun der Mangel beseitigt werden könnte.  
→ Sind die Mängelgewährleistungsansprüche verjährt?

## Lösung Fall 1:

**Anspruchsgrundlage:** § 433 Abs. 2 BGB

In den besonderen Vorschriften des Kaufrechts (§§ 433 ff BGB) finden sich keine Sonderregelungen über die Verjährung des Kaufpreisanspruches. Daher gelten die allgemeinen Regelungen, also die regelmäßige **Verjährungsfrist von 3 Jahren** gem. **§ 195 BGB**.

Die Verjährungsfrist beginnt gem. **§ 199 Abs. 1 BGB** zu laufen mit dem **Schluss des Jahres**, in dem der **Anspruch entstanden** ist und der Gläubiger **Kenntnis von den anspruchsbegründenden Umständen** hatte.

Der Anspruch des A ist mit Kaufvertragsabschluss **entstanden (12.11.2015)** und zu diesem Zeitpunkt hatte A auch **Kenntnis** von den anspruchsbegründenden Umständen. Die 3-jährige Verjährungsfrist begann mithin am 31.12.2015 zu laufen und endet folglich zum 31.12.2018.

Ergebnis: Der Kaufpreisanspruch gemäß § 433 Abs. 2 BGB ist nicht verjährt.

## Lösung Fall 2:

### Anspruchsgrundlage: § 437 BGB

In den besonderen Vorschriften des Kaufrechts (§§ 433 ff BGB) finden sich **besondere Regelungen zur Verjährung, § 438 BGB**. Diese gehen den allgemeinen Regelungen (§§ 195, 199 Abs. 1 BGB) vor.

*→ **Beachte:** Die Regelungen im allgemeinen Teil des BGB (§§ 1 – 240) finden immer nur insoweit Anwendung, als sich in den besonderen Vorschriften keine spezielleren Regelungen finden.*

Nach **§ 438 Abs. 1 Ziff. 3 BGB** beträgt die Verjährungsfrist für Mängelgewährleistungsansprüche des Käufers bei beweglichen Sachen **2 Jahre**.

Diese Frist beginnt zu laufen mit der **Ablieferung der Kaufsache, § 438 Abs. 2 BGB**.

Die Kaufsache wurde am 12.11.2015 übergeben. Ab diesem Zeitpunkt lief die 2jährige Verjährung. Sie endete mithin am 12.11.2017.

**Ergebnis:** Im Zeitpunkt 20.11.2018 sind Mängelgewährleistungsansprüche des Käufers A also verjährt.

### Lösung Fall 3:

#### Anspruchsgrundlage: § 437 BGB

Nach § **438 Abs. 1 Ziff. 3 BGB** beträgt die Verjährungsfrist für Mängelgewährleistungsansprüche des Käufers bei beweglichen Sachen **2 Jahre**. Diese Frist beginnt zu laufen mit der **Ablieferung der Kaufsache, § 438 Abs. 2 BGB**. Die Kaufsache wurde am 12.11.2015 übergeben. Ab diesem Zeitpunkt lief die 2jährige Verjährung. Sie endete mithin am 12.11.2017.

**Aber:** Die Vertragsparteien haben aber seit dem 01.11.2017 (also vor Ablauf der Verjährungsfrist) bis zum 20.12.2018 darüber **verhandelt**, wie denn nun der Mangel beseitigt werden könnte. Durch das Verhandeln wurde der weitere Ablauf der Verjährungsfrist ab dem 01.11.2017 gehemmt, §§ **203, 209 BGB**.

→ **Beachte:** Unterschied **Hemmung** der Verjährung, § **209 BGB** (z. B. durch Klageerhebung) / **Neubeginn** der Verjährung, § **212 BGB** (z. B. durch Anerkenntnis)

Die Verjährungsfrist lief also während des Verhandeln nicht weiter, konnte also auch nicht zum 12.11.2017 ablaufen.

**Ergebnis:** Im Zeitpunkt 20.11.2018 sind Mängelgewährleistungsansprüche des Käufers A nicht verjährt.

## **Beispiel Anspruchsgrundlage (§ 823 Abs.1 BGB)**

- (1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

Also: Prüfung **Tatbestandsmerkmale**

1. Rechtsgutverletzung
2. Widerrechtlichkeit
3. Vorsatz / Fahrlässigkeit (Schuld)

Sind diese erfüllt: → **Rechtsfolge** (Schadensersatz)

**So ist jede Anspruchsgrundlage aufgebaut!**

## Rechtsfähigkeit

**= Fähigkeit Träger von Rechten und Pflichten zu sein**

- Sowohl natürliche als auch juristische Personen können rechtsfähig sein
- Natürliche Personen (jeder lebende Mensch) werden mit Vollendung der Geburt rechtsfähig (§ 1 BGB)
- Juristische Personen werden mit ihrer Entstehung rechtsfähig

## Geschäftsfähigkeit

= *Fähigkeit wirksam am rechtsgeschäftlichen Verkehr teilzunehmen*

- ◆ **Geschäftsunfähigkeit (§ 104 BGB)**

- Willenserklärung ist nichtig (§ 105 I BGB)

- Ausnahme: § 105a BGB Geschäft des täglichen Lebens („Brötchen“)

- ◆ **Beschränkte Geschäftsfähigkeit (§§ 2, 106 BGB)**

- Willenserklärung bedarf der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters (§ 107, § 184 I, § 108 BGB)

- Ausnahmen: lediglich rechtlich vorteilhafte Geschäfte, Taschengeldparagraph (§ 110 BGB)

- ◆ **Volle Geschäftsfähigkeit**

## Fälle Geschäftsfähigkeit

- Der 8-jährige K kauft im Laden des V ein iPhone zum Kaufpreis von 850,- € und nimmt es gleich mit. V verlangt Zahlung des Kaufpreises. Zu recht?
- Nachbar N schenkt dem 8-jährigen K zu dessen Geburtstag ein iPhone, welches dieser dankend annimmt. Nach einer Woche verlangt N das iPhone zurück und verweist darauf, dass K gar nicht wirksam einen Schenkungsvertrag abschließen konnte. Zu Recht?
- K (8 Jahre) hat gerade sein Taschengeld i.H.v. 20,- € bekommen und von Media Markt die Herausgabe des Geldes. K sei gar nichts geschäftsfähig, habe daher gar keinen wirksamen Kaufvertrag abschließen können. Haben sie einen Herausgabeanspruch?
- Nachdem A und B in ihrer Stammkneipe bereits 3 Flaschen Wodka getrunken haben, sinnieren sie nachts um 03:00 Uhr über die wichtigen Dinge des Lebens. Das Gespräch kommt zwangsläufig auf den nagelneuen Golf V GTI des B. A bietet dem B dafür 2.500,- €. Auf den Einwand des B, der Kaufpreis erscheine ihm ein wenig gering, erwidert A schließlich sei ja der Tank fast leer. Dem B erscheint diese Argumentation schlüssig und er schlägt ein.

Kann A von B Herausgabe und Übereignung des Autos verlangen?



## **Deliktsfähigkeit**

***Regelt die Frage, ob eine Person für eine unerlaubte Handlung durch Leistung von Schadensersatz einzustehen hat***

- ◆ Deliktsunfähigkeit, § 827, § 828 Abs. 1 BGB
- ◆ Bedingte Deliktsfähigkeit, § 828 Abs. 2 BGB, § 828 Abs. 3 BGB
- ◆ Volle Deliktsfähigkeit: ab 18 Jahren  
→ vgl. §§ 827, 828 BGB

- A feiert sein bestandenes Examen ausgiebig. Morgens um 04:30 Uhr macht er sich mit dem Auto und 2,4 Promille auf den Heimweg. Er überfährt eine rote Ampel und es kommt zum Zusammenstoß mit dem Fahrzeug des B. Dieser verlangt Schadensersatz.

A verweigert sämtliche Ersatzleistungen, da er schließlich nicht mehr Herr seiner Sinne gewesen ist. Kann B von A Schadensersatz verlangen?

- Der 6 jährige K hat Hausarrest und schmeißt aus Langeweile die Blumentöpfe von seiner Fensterbank aus dem 4. Stock auf die Straße. Einer landet punktgenau in der Windschutzscheibe des 911er Porsche des B. Dieser verlangt Schadensersatz von K. Zu Recht?
- Kann der K im vorangegangenen Fall noch anderweitig Ersatz verlangen?

## Willenserklärungen

- **Begriff**

- Äußerung, die auf Herbeiführung einer bestimmten Rechtsfolge gerichtet ist
- Bestandteile:

Handlungsbewusstsein (Beispiel Bar)

Rechtsbindungswille (Beispiel Schaufenster)

Geschäftswille (Beispiel Zeitungsabo)

- **Formen und Formerfordernisse**

- Ausdrücklich oder konkludent
- Empfangsbedürftigkeit (vgl. § 130 I S.1 BGB)
- Grundsätzlich Formfreiheit, es sei denn, eine bestimmte Form ist gesetzlich vorgeschrieben (z.B. § 766, § 311 b BGB) oder vereinbart.
- Fehlt die vorgeschriebene Form, ist die Erklärung von vornherein unwirksam (§ 125 BGB)

- A steht am Tresen der „Haltbar“. Er bestellt sein Bier in der Art nach, dass er nur kurz den Arm hebt. Der Wirt W stellt dann jeweils wortlos ein neues Bier hin. Als B sich an A vorbei drängelt, stößt er dessen Arm an, der nach oben schnellte. Der Wirt stellt darauf dem A hin ein neues Bier hin. A verweigert die Bezahlung, da er das Getränk nicht bestellt habe. **Kann W Zahlung verlangen?**
- V betreibt einen Second-Hand-Laden. Im Schaufenster hat sie eine Jeans ausgelegt. Die bis dahin gut befreundeten Damen A, B und C sehen die Jeans gleichzeitig, stürmen in den Laden, legen den angeschriebenen Kaufpreis auf den Kassentisch und verlangen jeweils Herausgabe der Jeans. V erklärt, sie habe nur 1 Exemplar. A, B und C bestehen auf Herausgabe, da V schließlich ein rechtsverbindliches Angebot gemacht habe, welches von allen dreien angenommen worden ist. **Ist V zur Lieferung jeweils einer Jeans an die drei Damen verpflichtet?**
- K wird in der Stadt angesprochen, ob sie nicht die Zeitschrift „Spiegel“ kaufen wolle. Sie unterschreibt einen Vertrag und nimmt ein Exemplar gleich mit. Eine Woche später hat sie eine Jahresrechnung im Briefkasten. Sie hatte ein Abonnement unterschrieben, war aber der Meinung, nur ein Exemplar zu kaufen. **Ist sie zur Zahlung des Kaufpreises für 1 Jahr verpflichtet?**

## Fall Willenserklärung

V hat dem K ein längeres schriftliches Vertragsangebot gemacht. Er nimmt dieses Schreiben nach Unterschrift aus der Unterschriftsmappe und legt es auf seinen Schreibtisch, um es noch einmal zu überdenken. V verlässt das Büro. Seine Sekretärin sieht dieses Schreiben auf dem Schreibtisch und nimmt an, es sei der Unterschriftsmappe entfallen. Daher schickt sie dieses Schreiben an K ab, der dieses Angebot annimmt.

→ Ist mit der Annahme des Vertragsangebots der Vertrag zustande gekommen?

## Zugang Willenserklärungen

Gegenüber **Anwesenden**:

→ Vernehmungstheorie (z.B. Stadion)

Gegenüber **Abwesenden**:

→ Wenn die WE der Art in der **Machtbereich des Empfängers** gelangt ist, dass bei **Annahme gewöhnlicher Umstände** anzunehmen ist, der Empfänger könne von ihr Kenntnis erlangen.

Der Mieter M will seine Wohnung zum 01.07. kündigen. Im Mietvertrag ist eine 3-monatige zum Monatsende zu wahrende Frist vereinbart. M wirft am 31.03. um 22:00 Uhr das Kündigungsschreiben in den Briefkasten des Vermieters V ein.

→ Hat M fristgerecht zum 01.07. gekündigt?

## Zusammenfassung Willenserklärungen

- **Begriff**
  - Äußerung, die auf Herbeiführung einer bestimmten Rechtsfolge gerichtet ist
  - Bestandteile:
    - Handlungsbewusstsein (Beispiel Bar)
    - Rechtsbindungswille (Beispiel Schaufenster)
    - Geschäftswille (Beispiel Zeitungsabo)
- **Formen und Formerfordernisse**
  - Ausdrücklich oder konkludent
  - Empfangsbedürftigkeit (vgl. § 130 I S.1 BGB)
  - Grundsätzlich Formfreiheit, es sei denn, eine bestimmte Form ist gesetzlich vorgeschrieben (z.B. § 766, § 311 b BGB) oder vereinbart.
  - Fehlt die vorgeschriebene Form, ist die Erklärung von vornherein unwirksam (§ 125 BGB)



## Mängel von Willenserklärungen

- **Nichtigkeit der Willenserklärung**
  - Person (z.B. Geschäftsunfähigkeit)
  - Formmangel (§ 125 BGB)
  - Inhalt der Erklärung (§§ 134-138 BGB)
- **Anfechtbarkeit der Willenserklärung**
  - Inhaltsirrtum (§ 119 I 1. Fall BGB)
  - Erklärungsirrtum (§ 119 I 2. Fall BGB)
  - Eigenschaftsirrtum (§ 119 II BGB)
  - Keine Anfechtung bei bloßem Motivirrtum!

## Anfechtung von Willenserklärungen

Voraussetzungen:

1. Anfechtungsgrund
2. Anfechtungserklärung
3. Anfechtungsfrist gewahrt

→ Rechtsfolge § 142 Abs.1 BGB: Rechtsgeschäft ist von Anfang an nichtig!  
(→ § 812 BGB: Herausgabe der Leistungen)

## Fall Anfechtung

A und B verhandeln über den Kauf betreffend den PC des A. B beabsichtigt für einen PC nicht mehr als 500,00 € ausgeben zu wollen. Nach der erfolgten Besichtigung verspricht sich B und erklärt, er würde den PC für 5.000,00 € nehmen. A willigt erfreut ein, übergibt dem B den PC und verlangt in einem 2 Tage später an den B gesendeten Brief Zahlung der vereinbarten 5.000,00 €. B bemerkt seinen Fehler, sagt dem A, er habe 500,- gemeint und verweigert Zahlung.

→ Kann A die Zahlung von 5.000,00 € verlangen?